



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Motion der Fraktionen der SP, Grüne, BDP/glp und CVP/EVP:
Frühzeitige Weichenstellung für die künftige Entwicklung der
FHNW**

Autor/in: [Kathrin Schweizer](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 3. November 2011

Bemerkungen: Als dringlich eingereicht
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

In der Beratung der Vorlage zum neuen Leistungsauftrag 2012 - 2014 der FHNW hat der Landrat verschiedene Erwartungen hinsichtlich der Führung und künftigen Entwicklung der vierkantonalen Hochschule formuliert.

Kritisiert wurden insbesondere die mangelhafte Einflussmöglichkeit des Landrats bei der Ausarbeitung des Leistungsauftrags, Doppelspurigkeiten zwischen 'Fachhochschulen und Universitäten im dualen Hochschulsystem, der Kostenzuwachs bei der Infrastruktur und damit verbunden die Kostenentwicklung bei den Trägerbeiträgen generell, namentlich angesichts der aktuellen Finanzsituation des Kantons. Verschiedene Votanten stellten die Frage, ob der Anstieg der Hochschulabschlüsse, wie er seit einigen Jahren zu beobachten ist, politisch tatsächlich wünschenswert ist. Als verbesserungsfähig angesehen wurden etwa der Selbstfinanzierungsgrad der FHNW oder die Organisation der Abläufe.

Die Rückweisung des Leistungsauftrags 2012 - 2014 durch den Landrat am 20. Oktober 2011 erfolgte in der klaren Erwartung, dass dadurch die Diskussion dieser dem Landrat wichtigen Punkte ermöglicht und weitere Verbesserungs- und Effizienzsteigerungsmöglichkeiten bei der FHNW realisiert werden.

Andererseits hätte die völlige Neuaushandlung des Leistungsauftrags negative Konsequenzen sowohl auf die FHNW wie auch auf das Verhältnis zu den Partnerkantonen. Die Hochschule müsste das Studienangebot ohne gesichertes Budget führen und mangels gesicherter Grundlage über ihre Zukunft laufende Projekte - so auch das Bauprojekt in Muttenz - auf unbekannte Zeitsistieren.

Der Regierungsrat wird daher aufgefordert, die Beschlussanträge der Landratsvorlage für den Leistungsauftrag 2012-2014 um folgende Aufträge an den Regierungsrat des Kantons

Basel-Landschaft zu erweitern:

- Laufende Berichterstattung an die IPK über die eingeleiteten Massnahmen
- Die konsequente Prüfung und Umsetzung der Kooperationsmöglichkeiten auf Masterstufe, um unnötige Doppelspurigkeiten auszuschliessen.
- Die Überprüfung des Portfolios und der allfällige Abbau von schwach ausgelasteten, auch an andern Orten studierbaren Angeboten.
- Ein den finanziellen Möglichkeiten angepasstes, auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ausgerichtetes Studierendenwachstum, das nötigenfalls durch einen Numerus Clausus für weitere Studiengänge beschränkt wird.
- Die Erhöhung des Selbstfinanzierungsgrades in der Forschung.